

# **BERICHT**

über die Prüfung des

## **JAHRESABSCHLUSSES**

und des Lageberichtes

zum

**31. Dezember 2015**

**Wirtschaftsförderungsgesellschaft  
der Stadt Kleve mbH**

**Boschstraße 16 / TZK  
47533 Kleve**

## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Prüfungsauftrag</b>	<b>3</b>
<b>2.</b>	<b>Grundsätzliche Feststellungen</b>	<b>5</b>
2.1	Lage des Unternehmens	5
2.1.1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	5
2.1.1.1	Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft	5
2.1.2	Feststellungen gem. § 321 Abs. 1 S. 3 HGB	6
2.1.2.1	Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen	6
2.1.2.2	Beachtung von Vorschriften der Rechnungslegung	6
2.1.2.3	Beachtung von sonstigen gesetzlichen und gesellschaftsvertraglichen Regelungen	7
<b>3.</b>	<b>Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung</b>	<b>8</b>
3.1	Gegenstand der Prüfung	8
<b>4.</b>	<b>Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung</b>	<b>11</b>
4.1	Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	11
4.1.1	Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	11
4.1.2	Jahresabschluss	12
4.1.3	Lagebericht	12
4.2	Gesamtaussage des Jahresabschlusses	13
4.2.1	Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	13
4.2.2	Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses	13
<b>5.</b>	<b>Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>15</b>
<b>6.</b>	<b>Analytische Darstellung zur Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage</b>	<b>29</b>
<b>7.</b>	<b>Schlussbemerkung</b>	<b>34</b>

<b>Anlagen</b>	<b>35</b>
<b>I. Bilanz zum 31. Dezember 2015</b>	<b>36</b>
<b>II. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015</b>	<b>38</b>
<b>III. Anhang</b>	<b>40</b>
<b>IV. Lagebericht</b>	<b>47</b>
<b>V. Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers</b>	<b>55</b>
<b>VI. Fragenkatalog zu § 53 HGrG</b>	<b>57</b>
<b>VII. Rechtliche Verhältnisse</b>	<b>73</b>
<b>VIII. Wirtschaftliche Verhältnisse</b>	<b>75</b>
<b>IX. Steuerliche Verhältnisse</b>	<b>76</b>
<b>X. Allgemeine Auftragsbedingungen</b>	<b>77</b>

## 1. Prüfungsauftrag

Die Geschäftsführung der

### Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Kleve mbH

- im Folgenden auch "Gesellschaft" genannt - hat uns mit Schreiben vom 26.11.2015 beauftragt, den **Jahresabschluss zum 31.12.2015** unter Einbeziehung der zu Grunde liegenden Buchführung und den **Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015** der Gesellschaft nach berufstüblichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung Bericht zu erstatten.

Dem Prüfungsauftrag lag der Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 07.05.2015 zu Grunde.

Wir haben den Auftrag am 08.12.2015 schriftlich bestätigt, nachdem keine Hinderungsgründe gem. § 319 HGB vorgelegen haben.

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung ist in entsprechender Anwendung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) die **Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung** zu prüfen und über die wirtschaftlich bedeutsamen Sachverhalte zu berichten (§ 106 Abs. 1 Satz 6 GO NW, erweiterte Prüfung des Jahresabschlusses).

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung, Feststellungen gem. § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB sowie die Darstellung wichtiger Veränderungen bei den rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnissen der Gesellschaft.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. und D. im einzelnen dargestellt. Auf Grund der Prüfung wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk in der **Anlage V** erteilt.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz (**Anlage I**), der Gewinn- und Verlustrechnung (**Anlage II**) und dem Anhang (**Anlage III**) sowie den geprüften Lagebericht (**Anlage IV**) beigefügt.

Die rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnisse haben wir in den **Anlagen VIII-X** tabellarisch dargestellt.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind - auch im Verhältnis zu Dritten - die als **Anlage XI** beigefügten "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der Fassung vom 01.01.2002 maßgebend.

Wir bestätigen gem. § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

## 2. Grundsätzliche Feststellungen

### 2.1 Lage des Unternehmens

#### 2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

##### 2.1.1.1 Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Der Geschäftsführer hat im Lagebericht (**Anlage IV**) und im Jahresabschluss (**Anlagen I bis III**), insbesondere im Anhang, die **wirtschaftliche Lage des Unternehmens** beurteilt.

Gem. § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführer im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer **eigenen Beurteilung der Lage des Unternehmens** ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist geordnet.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31.12.2015 34,07 % (Vj 51,56 %).

Auf Grund der gekürzten Zuschüsse der Stadt Kleve wurde entsprechend dem Wirtschaftsplan im Geschäftsjahr 2015 ein Jahresfehlbetrag erwirtschaftet. Eine buchmäßige Unterkapitalisierung ist trotz des Jahresfehlbetrags der Gesellschaft nicht gegeben. Die Liquiditätsslage ist geordnet. Die bestehenden Zahlungsverpflichtungen wurden termingerecht bedient.

Die Ansätze der Kostenpositionen des Wirtschaftsplans wurden getroffen. Der Fehlbetrag wurde von den Organen der Gesellschaft für das Geschäftsjahr planerisch billigend in Kauf genommen.

Risiken, die über die üblichen, aus der Teilnahme am wirtschaftlichen Verkehr und dem allgemeinen Betriebsrisiko resultierenden Risiken hinausgehen, sind derzeit nicht erkennbar.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage der Gesellschaft einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand des Unternehmens gefährdet wäre.

## **2.1.2 Feststellungen gem. § 321 Abs. 1 S. 3 HGB**

### **2.1.2.1 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen**

Gem. § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB haben wir als Abschlussprüfer über bei der Durchführung der Abschlussprüfung festgestellte Tatsachen zu berichten, welche die Entwicklung des geprüften Unternehmens wesentlich beeinträchtigen oder seinen Bestand gefährden können.

Bei der Durchführung der Abschlussprüfung haben wir als Abschlussprüfer keine Tatsachen festgestellt, welche die Entwicklung des geprüften Unternehmens wesentlich beeinträchtigen oder in seinen Bestand gefährden können.

### **2.1.2.2 Beachtung von Vorschriften der Rechnungslegung**

Als Abschlussprüfer haben wir nach § 321 Abs. 1 S. 3 HGB auch über bei Durchführung unserer Prüfung festgestellte Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften zu berichten.

Gesetzliche Vorschriften im Sinne des § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB sind die für die Aufstellung des Jahresabschlusses oder Lageberichts geltenden Rechnungslegungsnormen im Sinne des § 317 Abs. 1 Satz 2 HGB. Hierzu gehören die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften für den Jahresabschluss sowie Angabe- und Erläuterungspflichten im Anhang und Vorschriften zur Erstellung des Lageberichts sowie ggf. einschlägige Normen des Gesellschaftsvertrages.

Für den Jahresabschluss der Gesellschaft gelten die Vorschriften des Dritten Buchs des HGB für große Kapitalgesellschaften (§ 108 Abs. 1 Nr. 8 GO NW).

Bei der Durchführung unserer Prüfung haben wir keine berichtspflichtigen Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen diese Vorschriften zur Rechnungslegung festgestellt.

### **2.1.2.3 Beachtung von sonstigen gesetzlichen und gesellschaftsvertraglichen Regelungen**

Nach § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB haben wir auch über bei Durchführung der Prüfung festgestellte Tatsachen zu berichten, die schwerwiegende Verstöße der Geschäftsführer oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen.

Wir haben bei unserer Prüfung keinen Anlass gefunden, derartige Unredlichkeiten zu vermuten.



### 3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

#### 3.1 Gegenstand der Prüfung

**Gegenstand unserer Prüfung** waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 (**Anlagen I bis III**) und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015 (**Anlage IV**) sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

Den Lagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft vermittelt; dabei haben wir auch geprüft, ob die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Der Prüfungsauftrag beinhaltete auch die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG). Dabei haben wir uns des Fragenkatalogs gem. IDW PS 720 bedient, der als **Anlage VII** diesem Bericht beigelegt ist.

Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand des Prüfungsauftrages.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist für die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht sowie die uns gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Geschäftsführung vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

**Die Prüfungsarbeiten** haben wir in der Zeit vom 07.03.2016 bis 17.03.2016 in den Geschäftsräumen der Gesellschaft durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichts.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 10.03.2015 versehene **Vorjahresabschluss zum 31.12.2014**. Die Gesellschafterversammlung vom 07.05.2015 hat den Jahresabschluss der Bfa. zum 31.12.2014 abschließend mit einer Bilanzsumme in Aktiva und Passiva gleichlautend von 63.767,63 € und einem Jahresfehlbetrag von -10.259,38 € unverändert gem. § 46 Nr. 1 GmbHG festgestellt.

Als **Prüfungsunterlagen** dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, Bestätigungen der Kreditinstitute sowie das Akten- und Schriftgut der Gesellschaft.

Alle von uns erbetenen **Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise** sind uns von der Geschäftsführung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufsüblichen **Vollständigkeitserklärung** schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt sind, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Bei **Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung** haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert - jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung - so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren **Arbeitspapieren** festgehalten.

Der Prüfung lag eine **Planung** der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gesellschaft und einer Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde. Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Aus den bei der Prüfungsplanung angestellten Überlegungen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Überprüfung der Prämisse der Fortführung der Unternehmenstätigkeit,
- die Entwicklung des Anlagevermögens,
- der Ansatz von Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen,
- Vollständigkeit und Bewertung der sonstigen Rückstellungen,
- weitere Einzelsachverhalte in Bezug auf Aufwendungen und Erträge,
- Posten der Gewinn- und Verlustrechnung.

Ausgehend von einer Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der **Wesentlichkeit** und der **Wirtschaftlichkeit** beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so gewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Für das **Anlagevermögen** liegen per EDV erstellte Anlagenverzeichnisse vor, in denen alle Zugänge, Abgänge und Abschreibungen erfasst sind.

**Forderungen und Verbindlichkeiten** sind in Saldenlisten der über EDV geführten Personenkonten nachgewiesen. Kassenbestände durch Aufnahmen, für Guthaben an liquiden Mitteln und die Verbindlichkeiten gegenüber Bankinstituten haben Kontoauszüge bzw. Saldenbestätigungen vorgelegen.

**Rückstellungen** sind entsprechend dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip mit den erforderlichen Beträgen gebildet worden.

#### **4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung**

##### **4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung**

###### **4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

Grundlage unserer Prüfung war das Rechnungswesen der Gesellschaft.

Die Finanzbuchhaltung wird nach dem System der doppelten kaufmännischen Buchführung durch elektronische Datenverarbeitung erstellt.

Das von der Gesellschaft im Rahmen der Buchführung eingerichtete interne Kontrollsystem (IKS) sieht dem Geschäftszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Geschäftsabläufe vor.

Der Kontenplan ist den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst und ausreichend tief gegliedert; er ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes.

Die Buchführung erfolgt zeitnah. Die Buchungen sind ordnungsgemäß belegt. Die Belege werden übersichtlich und geordnet aufbewahrt.

Die Organisation der Buchhaltung, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Bezüglich des zu prüfenden Geschäftsjahres wurden die von uns veranlassten berichtigenden und ergänzenden Buchungen der Gesellschaft aufgegeben. Sie waren bei Beendigung der Prüfung bereits erfolgt.

Die Organisation des Rechnungswesens ist den Verhältnissen der Gesellschaft angemessen. Die Bücher und die weiteren geprüften Unterlagen, einschließlich des Belegwesens der Gesellschaft, entsprechen damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich den Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages. Die Prüfung ergab keine Beanstandung.

#### **4.1.2 Jahresabschluss**

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer **kleinen GmbH** gem. § 267 Abs. 1 HGB auf. Sie wendet jedoch die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften an.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gliederung der **Bilanz (Anlage I)** erfolgt nach dem Schema des § 266 Abs. 2 HGB. Die **Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage II)** wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Soweit in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgen die entsprechenden Angaben weitgehend im Anhang.

In dem von der Gesellschaft aufgestellten **Anhang (Anlage III)** sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Der Jahresabschluss entspricht damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

#### **4.1.3 Lagebericht**

Die Prüfung des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2015 (**Anlage IV**) hat ergeben, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und dass er insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Unternehmens vermittelt.

Die Prüfung hat ferner ergeben, dass die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend im Lagebericht dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB vollständig und zutreffend sind.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Lagebericht alle vorgeschriebenen Angaben enthält. Er steht im Einklang mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft. Der Lagebericht entspricht damit den gesetzlichen Vorschriften.

## 4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

### 4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Wir haben bei unserer Prüfung festgestellt, dass Änderungen von Bewertungsgrundlagen einschließlich der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen sowie sachverhaltsgestaltende Maßnahmen mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nicht vorliegen.

Unsere Prüfung hat ergeben, dass § 264 Abs. 2 HGB beachtet wurde und der Jahresabschluss insgesamt, d. h. **als Gesamtaussage des Jahresabschlusses** wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergibt - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kapitalgesellschaft vermittelt.

### 4.2.2 Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses

Die Bilanz zum 31.12.2015 ist als **Anlage I** dem Prüfungsbericht beigelegt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist als **Anlage II** dem Prüfungsbericht beigelegt.

## **Erläuterungsteil**

**5. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung**

**A. Anlagevermögen**

**I. Immaterielle Vermögensgegenstände**

**1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten**

Vorjahr: 1,00 Euro  
 1.074,00 Euro

Bilanzansatz zum 01.01.2015 1.074,00 Euro  
 - Abschreibungen 1.073,00 Euro  
**Bilanzansatz zum 31.12.2015 1,00 Euro**

	<u>2015</u> Euro	<u>2014</u> Euro
EDV-Software	<u>1,00</u>	<u>1.074,00</u>
	<u><b>1,00</b></u>	<u><b>1.074,00</b></u>

**II. Sachanlagen**

**1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung**

Vorjahr: 7.603,00 Euro  
 8.383,00 Euro

Bilanzansatz zum 01.01.2015 8.383,00 Euro  
 + Zugänge 1.977,14 Euro  
 - Abschreibungen 2.757,14 Euro  
**Bilanzansatz zum 31.12.2015 7.603,00 Euro**



Der Bilanzansatz gliedert sich wie folgt:

	<u>2015</u> Euro	<u>2014</u> Euro
Betriebsausstattung	5.300,00	4.219,00
Büroeinrichtung	2.285,00	3.880,00
Wirtschaftsgüter Sammelposten	<u>18,00</u>	<u>284,00</u>
	<b><u>7.603,00</u></b>	<b><u>8.383,00</u></b>

**Betriebsausstattung**

Bilanzansatz zum 01.01.2015	4.219,00 Euro
+ Zugänge	<u>1.977,14 Euro</u>
	6.196,14 Euro
- Abschreibungen	<u>896,14 Euro</u>
<b>Bilanzansatz zum 31.12.2015</b>	<b><u>5.300,00 Euro</u></b>

**Büroeinrichtung**

Bilanzansatz zum 01.01.2015	3.880,00 Euro
- Abschreibungen	<u>1.595,00 Euro</u>
<b>Bilanzansatz zum 31.12.2015</b>	<b><u>2.285,00 Euro</u></b>

**Wirtschaftsgüter Sammelposten**

Bilanzansatz zum 01.01.2015	284,00 Euro
- Abschreibungen	<u>266,00 Euro</u>
<b>Bilanzansatz zum 31.12.2015</b>	<b><u>18,00 Euro</u></b>

**Summe Sachanlagen**

Vorjahr:	<u>7.603,00 Euro</u>
	8.383,00 Euro

III. **Finanzanlagen**

1. **Genossenschaftsanteile**

	200,00 Euro
Vorjahr:	200,00 Euro
	2015 Euro
	2014 Euro
Genossenschaftsanteile z.lfr.Verbleib	<u>200,00</u>
	<u>200,00</u>

B. **Umlaufvermögen**

I. **Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

1. **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**

	5.000,00 Euro
Vorjahr:	14.493,67 Euro
	2015 Euro
	2014 Euro
Forderungen aus Lieferungen u.Leistung	<u>5.000,00</u>
	<u>14.493,67</u>

2. **Sonstige Vermögensgegenstände**

	280,06 Euro
Vorjahr:	333,00 Euro
	2015 Euro
	2014 Euro
Sonstige Vermögensgegenstände	8,25
Sonstige Vermögensgegenstände (b.1 J)	15,00
Forderung aus Steuerüberzahlungen	41,51
Waschkarte Clever Clean KLE-WF 475	<u>215,30</u>
	<u>280,06</u>

**II. Kassenbestand, Bundesbank-  
 guthaben, Guthaben bei  
 Kreditinstituten und Schecks**

	Vorjahr:	<u>71.073,10</u> Euro	
		37.653,19	Euro
		<u>2015</u>	<u>2014</u>
		Euro	Euro
Kasse		59,06	144,15
Sparkasse Kleve 30189765		45.629,16	12.013,03
Volksbank Kleverland eG 1805893016		384,88	496,01
Sparkasse Kleve Festgeld 2030013904		<u>25.000,00</u>	<u>25.000,00</u>
		<b><u>71.073,10</u></b>	<b><u>37.653,19</u></b>

Der Kassenbestand wurde zum 31.12.2015 körperlich aufgenommen und ist in einem Kassenaufnahmeprotokoll nachgewiesen. Für die Guthaben bei den Kreditinstituten liegen gleichlautende Kontoauszüge und Saldenbestätigungen zum 31.12.2015 vor.

**C. Rechnungsabgrenzungsposten**

	Vorjahr:	<u>1.325,88</u> Euro	
		1.630,77	Euro
		<u>2015</u>	<u>2014</u>
		Euro	Euro
Aktive Rechnungsabgrenzung		<u>1.325,88</u>	<u>1.630,77</u>
		<b><u>1.325,88</u></b>	<b><u>1.630,77</u></b>

**Summe Aktiva**

	Vorjahr:	<u>85.483,04</u> Euro
		63.767,63 Euro

**A. Eigenkapital**

**I. Gezeichnetes Kapital**

Vorjahr: 25.000,00 Euro  
25.000,00 Euro

2015                      2014  
Euro                      Euro

Gezeichnetes Kapital                      25.000,00                      25.000,00  
**25.000,00**                      **25.000,00**

**II. Gewinnvortrag**

Vorjahr: 7.877,50 Euro  
18.136,88 Euro

2015                      2014  
Euro                      Euro

Gewinnvortrag vor Verwendung                      7.877,50                      18.136,88  
**7.877,50**                      **18.136,88**

**III. Jahresfehlbetrag**

Vorjahr: -3.752,75 Euro  
-10.259,38 Euro

2015                      2014  
Euro                      Euro

Jahresfehlbetrag                      -3.752,75                      -10.259,38  
**-3.752,75**                      **-10.259,38**

**B. Rückstellungen**

1. **Sonstige Rückstellungen** 23.017,00 Euro  
 Vorjahr: 16.117,00 Euro

	Stand 01.01.2015	Zuführung 2015	Verbrauch 2015	Auflösung 2015	Stand 31.12.2015
Personalkosten	7.500,00	13.500,00	7.500,00	0,00	13.500,00
Sonstige Rückstellung	2.417,00	2.817,00	12,00	2.405,00	2.817,00
Abschluss und Prüfung	6.200,00	6.700,00	6.144,39	55,61	6.700,00
	<u>16.117,00</u>	<u>23.017,00</u>	<u>13.656,39</u>	<u>2.460,61</u>	<u>23.017,00</u>

Der Posten sonstige Rückstellungen beinhaltet Aufwendungen für die Archivierung, Mietnebenkosten und GEZ.

**C. Verbindlichkeiten**

1. **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** 4.765,60 Euro  
 Vorjahr: 10.053,85 Euro

- davon mit einer Restlaufzeit  
 bis zu einem Jahr  
 Euro 4.765,60 (Euro 10.053,85)

	2015 <u>Euro</u>	2014 <u>Euro</u>
Verbindl. aus Lieferungen u. Leistungen	<u>4.765,60</u>	<u>10.053,85</u>
	<b><u>4.765,60</u></b>	<b><u>10.053,85</u></b>

<b>2. <u>Sonstige Verbindlichkeiten</u></b>		<u>3.992,32</u> Euro
	Vorjahr:	4.719,28 Euro
- davon aus Steuern		
Euro 3.992,32 (Euro 3.998,38)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit		
Euro 0,00 (Euro 720,90)		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
Euro 3.992,32 (Euro 4.719,28)		

	<u>2015</u> Euro	<u>2014</u> Euro
Verbindlichkeiten Lohn- und Kirchensteuer	3.992,32	3.998,38
Verbindlichkeiten Sozialversicherung	<u>0,00</u>	<u>720,90</u>
	<b><u>3.992,32</u></b>	<b><u>4.719,28</u></b>

<b>D. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u></b>		<u>24.583,37</u> Euro
	Vorjahr:	0,00 Euro
	<u>2015</u> Euro	<u>2014</u> Euro
Passive Rechnungsabgrenzung	<u>24.583,37</u>	<u>0,00</u>
	<b><u>24.583,37</u></b>	<b><u>0,00</u></b>

Abgegrenzt wurde der am 23.12.2015 vereinnahmte Betriebskostenzuschuss 01/2016.

<b><u>Summe Passiva</u></b>		<u>85.483,04</u> Euro
	Vorjahr:	63.767,63 Euro

1. **Sonstige betriebliche  
 Erträge**

a) **ordentliche betriebliche  
 Erträge**

aa) **Sonstige ordentliche  
 Erträge**

Vorjahr: 16.401,13 Euro  
21.255,17 Euro

2015	2014
<u>Euro</u>	<u>Euro</u>

Verrechnete sonstige Sachbezüge	12.876,00	16.724,00
Sonst. Erlöse betr. u. regelmäßig stfr.	<u>3.525,13</u>	<u>4.531,17</u>
	<b><u>16.401,13</u></b>	<b><u>21.255,17</u></b>

b) **Erträge aus der Auflösung  
 von Rückstellungen**

Vorjahr: 2.460,61 Euro  
636,70 Euro

2015	2014
<u>Euro</u>	<u>Euro</u>

Erträge Auflösung von Rückstellungen	<u>2.460,61</u>	<u>636,70</u>
	<b><u>2.460,61</u></b>	<b><u>636,70</u></b>

c) **Sonstige Erträge im  
 Rahmen der gewöhnlichen  
 Geschäftstätigkeit**

Vorjahr: 290.119,91 Euro  
286.147,76 Euro

2015	2014
<u>Euro</u>	<u>Euro</u>

Periodenfremde Erträge	45,25	6,00
Zuschuss der Stadt Kleve	290.000,00	285.000,00
Versich.entschädigung, Schadenersatz	0,00	1.141,76
Erstattungen AufwendungsausgleichsG	<u>74,66</u>	<u>0,00</u>
	<b><u>290.119,91</u></b>	<b><u>286.147,76</u></b>

2. Personalaufwand

a) Löhne und Gehälter

Vorjahr: 175.025,90 Euro  
178.169,64 Euro

	<u>2015</u> Euro	<u>2014</u> Euro
Gehälter	85.857,40	83.845,64
Urlaubsrückstellung	-1.600,00	50,00
Geschäftsführergehälter	72.000,00	72.000,00
Freiwillige soziale Aufwendung. LSt-pfl.	3.480,00	4.520,00
Vermögenswirksame Leistungen	920,00	960,00
Fahrtkostenerstatt. Whg./Arbeitsstätte	9.396,00	12.204,00
Aushilfslöhne	4.875,00	4.500,00
Pauschale Steuer für Aushilfen	<u>97,50</u>	<u>90,00</u>
	<b><u>175.025,90</u></b>	<b><u>178.169,64</u></b>

b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

Vorjahr: 41.975,42 Euro  
33.839,18 Euro

- davon für Altersversorgung  
 Euro 7.600,00 (Euro 0,00)

	<u>2015</u> Euro	<u>2014</u> Euro
Gesetzliche Sozialaufwendungen	33.930,17	33.418,92
Freiwillige soziale Aufwendung. LSt-frei	445,25	420,26
Aufwendungen für Altersversorgung	<u>7.600,00</u>	<u>0,00</u>
	<b><u>41.975,42</u></b>	<b><u>33.839,18</u></b>



**3. Abschreibungen**

**a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen**

	Vorjahr:	<u>3.830,14 Euro</u>	<u>5.070,40 Euro</u>
		2015	2014
		<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Abschreibung immaterielle VermG		1.073,00	1.173,00
Abschreibungen auf Sachanlagen		2.491,14	2.205,00
Sofortabschreibung GWG		0,00	800,40
Abschreibungen auf WG Sammelposten		<u>266,00</u>	<u>892,00</u>
		<b><u>3.830,14</u></b>	<b><u>5.070,40</u></b>

**4. sonstige betriebliche Aufwendungen**

**a) ordentliche betriebliche Aufwendungen**

**aa) Raumkosten**

	Vorjahr:	<u>11.032,57 Euro</u>	<u>11.737,91 Euro</u>
		2015	2014
		<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Miete, unbewegliche Wirtschaftsgüter		5.739,72	5.739,72
Gas, Strom, Wasser		3.772,00	3.772,00
Reinigung		1.520,85	1.547,39
Instandhaltung betrieblicher Räume		<u>0,00</u>	<u>678,80</u>
		<b><u>11.032,57</u></b>	<b><u>11.737,91</u></b>

**ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben**

	Vorjahr:	<u>5.365,60 Euro</u>	<u>5.348,41 Euro</u>
		2015	2014
		<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Versicherungen		2.342,60	2.318,65
Beiträge		<u>3.023,00</u>	<u>3.029,76</u>
		<b><u>5.365,60</u></b>	<b><u>5.348,41</u></b>

ac) Fahrzeugkosten

	<u>11.022,13</u> Euro	
Vorjahr:	19.962,24	Euro
	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	Euro	Euro
Kfz-Versicherungen	795,83	837,97
Laufende Kfz-Betriebskosten	3.660,34	5.361,04
Kfz-Reparaturen	1.210,80	4.526,11
Leasingfahrzeugkosten KLE-WF 475	0,00	3.812,76
Leasingfahrzeugkosten KLE-WF 222	<u>5.355,16</u>	<u>5.424,36</u>
	<b><u>11.022,13</u></b>	<b><u>19.962,24</u></b>

ad) Werbe- und Reisekosten

	<u>21.291,42</u> Euro	
Vorjahr:	18.282,79	Euro
	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	Euro	Euro
Werbekosten	11.290,29	8.257,31
Geschenke abzugsfähig ohne § 37b EStG	0,00	125,40
Geschenke nicht abzugsfähig ohne §37b EStG	140,10	0,00
Repräsentationskosten	0,00	54,46
Eigene Info-Veranstaltungen	4.203,53	4.607,86
Öffentlichkeitsarbeit/Drucksachen	3.922,08	3.930,16
Diverse Veranstaltungen/Tagungen	289,90	574,59
Bewirtungskosten	178,43	0,00
Nicht abzugsf. Bewirtungskosten 30 %	76,47	0,00
Parkgebühren Arbeitnehmer	44,90	139,00
Reisekosten Arbeitnehmer	547,94	40,66
Reisekosten Arbeitnehmer, Fahrtkosten	25,50	0,00
Reisekosten AN Verpfleg.mehraufwand	124,80	141,60
Reisekosten AN Übernachtungsaufwand	90,00	0,00
Kilometergelderstattung Arbeitnehmer	<u>357,48</u>	<u>411,75</u>
	<b><u>21.291,42</u></b>	<b><u>18.282,79</u></b>

ae) **verschiedene betriebliche  
Kosten**

	Vorjahr:	<u>36.665,13</u> Euro	<u>43.552,17</u> Euro
		<u>2015</u>	<u>2014</u>
		Euro	Euro
Sonstige betriebliche Aufwendungen		411,99	22,00
Aufbewahrungsaufwand (Rückstellung)		1.405,00	0,00
Projektzuschüsse		0,00	10.000,00
Expo Real München		4.900,06	5.779,52
Porto		491,13	525,88
Telefon		7.856,68	7.842,27
Bürobedarf		1.718,13	915,11
Kosten Bürodienste		5.992,32	5.992,32
Leasingkosten Kopierer		660,88	1.017,42
EDV-Kosten		105,96	105,96
Zeitschriften, Bücher, CD-Rom		740,49	750,69
Fortbildungskosten		889,00	655,00
Rechts- und Beratungskosten		2.076,79	0,00
Kosten der Lohnbuchhaltung		739,29	1.809,99
Kosten der Finanzbuchhaltung		720,00	720,00
Abschluss- und Prüfungskosten		6.550,00	6.050,00
Mieten für Einrichtungen bewegliche WG		947,92	947,92
Aufwand Abraum-/Abfallbeseitigung		5,10	0,00
Nebenkosten des Geldverkehrs		382,92	418,09
Sonstiger Betriebsbedarf		<u>71,47</u>	<u>0,00</u>
		<b><u>36.665,13</u></b>	<b><u>43.552,17</u></b>

b) **Verluste aus dem Abgang  
 von Gegenständen des  
Anlagevermögens**

	Vorjahr:	<u>0,00</u> Euro	<u>1,00</u> Euro
		<u>2015</u>	<u>2014</u>
		Euro	Euro
Abgang immaterielle VermögensG, RBW, BV		<u>0,00</u>	<u>1,00</u>
		<b><u>0,00</u></b>	<b><u>1,00</u></b>

c) **Sonstige Aufwendungen im  
 Rahmen der gewöhnlichen  
 Geschäftstätigkeit**

	Vorjahr:	<u>6.361,90</u> Euro	<u>2.190,53</u> Euro
	2015	2014	
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>	
Periodenfremde Aufwendungen	1.361,90	2.190,53	
Zuwendg.Spenden wissensch./kult. Zweck	<u>5.000,00</u>	<u>0,00</u>	
	<b><u>6.361,90</u></b>	<b><u>2.190,53</u></b>	

5. **Sonstige Zinsen und ähnliche  
 Erträge**

	Vorjahr:	<u>51,16</u> Euro	<u>108,79</u> Euro
	2015	2014	
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>51,16</u>	<u>108,79</u>	
	<b><u>51,16</u></b>	<b><u>108,79</u></b>	

6. **Ergebnis der gewöhnlichen  
 Geschäftstätigkeit**

	Vorjahr:	<u>-3.537,40</u> Euro	<u>-10.005,85</u> Euro
--	----------	-----------------------	------------------------

<b>7. <u>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</u></b>		
	Vorjahr:	<u>-0,65 Euro</u> <u>9,53 Euro</u>
	2015 Euro	2014 Euro
Körperschaftsteuer für Vorjahre	<u>-0,65</u>	<u>9,53</u>
	<u><b>-0,65</b></u>	<u><b>9,53</b></u>
<b>8. <u>sonstige Steuern</u></b>		
	Vorjahr:	<u>216,00 Euro</u> <u>244,00 Euro</u>
	2015 Euro	2014 Euro
Kfz-Steuern	<u>216,00</u>	<u>244,00</u>
	<u><b>216,00</b></u>	<u><b>244,00</b></u>
<b>9. <u>Jahresfehlbetrag</u></b>		
	Vorjahr:	<u>-3.752,75 Euro</u> <u>-10.259,38 Euro</u>

**6. Analytische Darstellung zur Entwicklung  
der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

---

	Euro	Geschäftsjahr Wert	Vorjahr Wert
<b>Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur</b>			
<u>Anlagevermögen x 100</u> Gesamtvermögen	7.804,00 85.483,04		9.657,00 63.767,63
<b>Anlagenintensität in %</b>		<b>9,13</b>	<b>15,14</b>
<u>Eigenkapital x 100</u> Gesamtkapital	29.124,75 85.483,04		32.877,50 63.767,63
<b>Eigenkapitalanteil in %</b>		<b>34,07</b>	<b>51,56</b>
<u>Fremdkapital x 100</u> Eigenkapital	56.358,29 29.124,75		30.890,13 32.877,50
<b>Verschuldungsgrad in %</b>		<b>193,51</b>	<b>93,96</b>

	Euro	Geschäftsjahr Wert	Vorjahr Wert
<b>Kennzahlen zur Finanz- und Liquiditätsstruktur</b>			
<u>Eigenkapital x 100</u>	29.124,75		32.877,50
Anlagevermögen	7.804,00		9.657,00
<b>Anlagendeckung I in %</b>		<b>373,20</b>	<b>340,45</b>
Eigenkapital + Langfr. Fremdkapital <u>x 100</u>	29.124,75		32.877,50
Anlagevermögen	7.804,00		9.657,00
<b>Anlagendeckung II in %</b>		<b>373,20</b>	<b>340,45</b>

	Euro	Geschäftsjahr Wert	Vorjahr Wert
<b>Kennzahlen zur Rentabilität</b>			
= Rohgewinn I		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
= Rohgewinn II		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
+ Regelm. betriebl. Nebenerträge		3.525,13	4.531,17
- Übrige Kosten		293.548,31	299.482,74
= Ordentlicher Betriebserfolg		<u>-290.023,18</u>	<u>-294.951,57</u>
= Ordentliches Betriebsergebnis		<u>-290.023,18</u>	<u>-294.951,57</u>
+ Ordentliches Finanz- und sonstiges neutrales Ergebnis		-4.948,84	108,79
= Ordentliches Ergebnis		<u>-294.972,02</u>	<u>-294.842,78</u>
+ Nicht ordentliches betriebl. Ergebnis		291.218,62	284.592,93
= Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und Ertrag		<u>-3.753,40</u>	<u>-10.249,85</u>
- Steuern vom Einkommen und Ertrag		-0,65	9,53
= Jahresergebnis		<u>-3.752,75</u>	<u>-10.259,38</u>



## Cash-Flow-Darstellung

	<u>2015</u>	<u>2014</u>
<b>I. <u>Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit</u></b>		
Jahresfehlbetrag	-3.752,75	-10.259,38
+ Abschreibungen	3.830,14	5.070,40
-/+ Abnahme/Zunahme der Rückstellungen	6.900,00	-7.627,00
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,00	1,00
-/+ Zunahme/Abnahme Vorräte, Forderungen, sonstige Aktiva	9.851,50	-9.411,26
-/+ Abnahme/Zunahme Verbindlichkeiten/pRAP	<u>18.568,16</u>	<u>8.458,08</u>
<b>= Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit</b>	<b><u>35.397,05</u></b>	<b><u>-13.768,16</u></b>
<b>II. <u>Cash-flow aus Investitionstätigkeit</u></b>		
Einzahlungen aus dem Abgang von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00	0,00
- Auszahlungen für das Sachanlagevermögen	<u>-1.977,14</u>	<u>-800,40</u>
<b>= Cash-flow aus Investitionstätigkeit</b>	<b><u>-1.977,14</u></b>	<b><u>-800,40</u></b>
<b>III. <u>Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit</u></b>		
- Auszahlungen zur Tilgung von Krediten	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
<b>= Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b><u>0,00</u></b>	<b><u>0,00</u></b>
<b>IV. <u>Veränderung des Finanzmittelfonds</u></b>		
Stand 01.01.	37.653,19	52.221,75
+/- Summe der Cash-flows	<u>33.419,91</u>	<u>-14.568,56</u>
Stand 31.12.	<b><u>71.073,10</u></b>	<b><u>37.653,19</u></b>

V. **Bestand des Finanzmittelfonds**

	<u>2015</u>	<u>2014</u>
Kassenbestand	59,06	144,15
Sparkasse Kleve 30189765	45.629,16	12.013,03
Volksbank Kleverland eG 1805893016	384,88	496,01
Sparkasse Kleve Festgeld 2030013904	<u>25.000,00</u>	<u>25.000,00</u>
	<u><u>71.073,10</u></u>	<u><u>37.653,19</u></u>

## **7. Schlussbemerkung**

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31.12.2015 und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015 der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Kleve mbH unter dem Datum 17.03.2016 den in der **Anlage V** dargestellten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des in der **Anlage V** erteilten Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Goch, 17. März 2016

Klemm  
Wirtschaftsprüfer

## **Anlagen**

Anlage I

**Bilanz zum 31. Dezember 2015**

AKTIVA

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
<b>A. Anlagevermögen</b>				<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Gezeichnetes Kapital		<b>25.000,00</b>	25.000,00
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		<b>1,00</b>	1.074,00	II. Gewinnvortrag		<b>7.877,50</b>	18.136,88
II. Sachanlagen				III. Jahresfehlbetrag		<b>-3.752,75</b>	-10.259,38
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		<b>7.603,00</b>	8.383,00	<b>B. Rückstellungen</b>			
III. Finanzanlagen				1. Sonstige Rückstellungen		<b>23.017,00</b>	16.117,00
1. Genossenschaftsanteile		<b>200,00</b>	200,00	<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
<b>B. Umlaufvermögen</b>				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.765,60		10.053,85
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 4.765,60 (Euro 10.053,85)			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.000,00		14.493,67	2. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>3.992,32</u>	<b>8.757,92</b>	<u>4.719,28</u>
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>280,06</u>		<u>333,00</u>	- davon aus Steuern Euro 3.992,32 (Euro 3.998,38)			14.773,13
		<b>5.280,06</b>	<u>14.826,67</u>	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 0,00 (Euro 720,90)			
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 3.992,32 (Euro 4.719,28)			
Übertrag		<b>13.084,06</b>	24.483,67	<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>24.583,37</b>	0,00
				Übertrag		<b>85.483,04</b>	63.767,63

Anlage I

**Bilanz zum 31. Dezember 2015**

AKTIVA

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag		<b>13.084,06</b>	24.483,67	Übertrag		<b>85.483,04</b>	63.767,63
II. Kassenbestand, Bundesbank- guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		<b>71.073,10</b>	37.653,19				
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>1.325,88</b>	1.630,77				
		<u>          </u>	<u>          </u>			<u>          </u>	<u>          </u>
		<b>85.483,04</b>	63.767,63			<b>85.483,04</b>	63.767,63
		<u>          </u>	<u>          </u>			<u>          </u>	<u>          </u>

Anlage II

**Einnahmen-Überschussrechnung**  
**für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015**

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Sonstige betriebliche Erträge			
a) ordentliche betriebliche Erträge			
aa) Sonstige ordentliche Erträge	16.401,13		21.255,17
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.460,61		636,70
c) Sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>290.119,91</u>	<b>308.981,65</b>	<u>286.147,76</u> 308.039,63
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-175.025,90		-178.169,64
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-41.975,42</u>	<b>-217.001,32</b>	<u>-33.839,18</u> -212.008,82
- davon für Altersversorgung Euro -7.600,00 (Euro 0,00)			
3. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		<b>-3.830,14</b>	-5.070,40
4. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen			
aa) Raumkosten	-11.032,57		-11.737,91
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	-5.365,60		-5.348,41
ac) Fahrzeugkosten	-11.022,13		-19.962,24
ad) Werbe- und Reisekosten	-21.291,42		-18.282,79
ae) verschiedene betriebliche Kosten	-36.665,13		-43.552,17
Übertrag	-85.376,85	<b>88.150,19</b>	-98.883,52 90.960,41

Anlage II

**Einnahmen-Überschussrechnung  
für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015**

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag	-85.376,85	<b>88.150,19</b>	90.960,41 -98.883,52
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,00		-1,00
c) Sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>-6.361,90</u>	<b>-91.738,75</b>	<u>-2.190,53</u> -101.075,05
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		<u>51,16</u>	<u>108,79</u>
<b>6. Ergebnis der gewöhnlichen     Geschäftstätigkeit</b>		<b>-3.537,40</b>	-10.005,85
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,65		-9,53
8. sonstige Steuern	<u>-216,00</u>	<b>-215,35</b>	<u>-244,00</u> -253,53
<b>9. Jahresfehlbetrag</b>		<b>-3.752,75</b>	<u>-10.259,38</u>



Anlage III

**Anhang**

**I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss**

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage der Gliederungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften wurden die Regelungen des GmbH-Gesetzes beachtet.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer kleinen GmbH gemäß § 267 Abs. 1 HGB auf. Gemäß § 108 Abs. 1 Nr. 8 GO werden die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften angewendet.

Der Jahresabschluss wurde entsprechend den Gliederungsvorschriften der §§ 266 ff. HGB aufgestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Die Bilanz wird vor Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

**II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

**Bilanzierungsmethoden**

Der vorliegende Jahresabschluss ist unter Beibehaltung der für den Vorjahresabschluss angewendeten Gliederungs- und Bewertungsgrundsätze nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches und den ergänzenden Vorschriften des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Im Jahresabschluss sind sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Aufwendungen und Erträge enthalten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Die Posten der Aktivseite sind nicht mit Posten der Passivseite, Aufwendungen nicht mit Erträgen verrechnet worden.

Das Anlagevermögen weist nur Gegenstände aus, die dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauernd zu dienen. Aufwendungen für die Gründung des Unternehmens und für die Beschaffung des Eigenkapitals, sowie für immaterielle Vermögensgegenstände, die nicht entgeltlich erworben wurden, wurden nicht bilanziert.

Rückstellungen wurden nur im Rahmen des § 249 HGB und Rechnungsabgrenzungsposten nach den Vorschriften des § 250 HGB gebildet.

### **Bewertungsmethoden**

Die Wertansätze der Eröffnungsbilanz des Geschäftsjahres stimmen mit denen der Schlussbilanz des vorangegangenen Geschäftsjahres überein. Bei der Bewertung wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen. Die Vermögensgegenstände und Schulden wurden einzeln bewertet.

Es ist vorsichtig bewertet worden, namentlich sind alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag entstanden sind, berücksichtigt worden, selbst wenn diese erst zwischen Abschlussstichtag und der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt geworden sind.

Gewinne sind nur berücksichtigt worden, wenn sie bis zum Abschlussstichtag realisiert wurden. Aufwendungen und Erträge des Geschäftsjahres sind unabhängig vom Zeitpunkt der Zahlung berücksichtigt worden.

Einzelne Posten wurden wie folgt bewertet:

### **Immaterielle Vermögensgegenstände**

Erworbene immaterielle Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

### **Sachanlagen**

Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibung bewertet.

Grundlage der planmäßigen Abschreibung war die voraussichtliche Nutzungsdauer des jeweiligen Vermögensgegenstandes.

Die Abschreibungen wurden beim beweglichen Anlagevermögen linear vorgenommen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis € 410 wurden im Erwerbsjahr voll abgeschrieben.

### **Finanzanlagen**

Die Wertpapiere des Anlagevermögens wurden zu Anschaffungskosten angesetzt.

### **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit dem Nennbetrag angesetzt.

### **Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

### **Rückstellungen**

Die Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Schätzung ermittelt. Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Rückstellungen sind der entsprechenden Anlage zu entnehmen.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahren abzuzinsen.

## **III. Angaben zur Bilanz**

Die **Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagenspiegel)** ist in einer folgenden Anlage dargestellt. Hieraus ergeben sich auch die Abschreibungen des Geschäftsjahres (§ 268 II HGB).

	Anschaffungskosten/Herstellungskosten			Abschreibungen			Buchwerte	
	Stand		Stand	Stand		Stand	Stand	
	01.01.2015	Zugänge	31.12.2015	01.01.2015	Zugänge	31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
<b>A. Anlagevermögen</b>								
I. Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.518,45	0,00	3.518,45	2.444,45	1.073,00	3.517,45	1,00	1.074,00
Summe immaterielle Vermögensgegenstände	3.518,45	0,00	3.518,45	2.444,45	1.073,00	3.517,45	1,00	1.074,00
II. Sachanlagen								
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	41.551,69	1.977,14	43.528,83	33.168,69	2.757,14	35.925,83	7.603,00	8.383,00
Summe Sachanlagen	41.551,69	1.977,14	43.528,83	33.168,69	2.757,14	35.925,83	7.603,00	8.383,00
III. Finanzanlagen								
1. Genossenschaftsanteile	200,00	0,00	200,00	0,00	0,00	0,00	200,00	200,00
Summe Finanzanlagen	200,00	0,00	200,00	0,00	0,00	0,00	200,00	200,00
Summe Anlagevermögen	45.270,14	1.977,14	47.247,28	35.613,14	3.830,14	39.443,28	7.804,00	9.657,00

#### **IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 II HGB) aufgestellt.

Weitere Angaben zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung können der beigefügten Anlage entnommen werden.

#### **V. Sonstige Pflichtangaben**

Zum Stichtag haben die folgenden Beschäftigungsverhältnisse bestanden:

	2015	Vorjahr
Angestellte	3	3
Auszubildende	0	0
Gesamt	3	3

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurden die Geschäfte des Unternehmens durch

Herrn Dr. rer. nat. Joachim Rasch (Wirtschaftsförderer), geführt.

Der Geschäftsführer ist alleinvertretungsberechtigt und befugt, im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte vorzunehmen.

Die Angabe der Vergütung der Geschäftsführung unterbleibt gem. § 286 IV HGB.

#### **Muttergesellschaft**

Alleiniger Gesellschafter ist die Stadt Kleve, Landwehr 4 - 6, 47533 Kleve.

## Haftungsverhältnisse

Zum Abschlussstichtag bestanden keine Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB.

## Sonstige Finanzielle Verpflichtungen

	<u>2016</u>	<u>2017</u>	<u>2018</u>	<u>2019</u>	<u>2020</u>
<b>PKW</b>	4.956,00	4.956,00	4.956,00	4.956,00	4.956,00
<b>Miete Büro</b>	5.740,00	5.740,00	5.740,00	5.740,00	5.740,00
<b>Leasing Kopierer</b>	<u>357,00</u>	<u>357,00</u>	<u>357,00</u>	<u>357,00</u>	<u>357,00</u>
<b>Gesamt</b>	<u>11.053,00</u>	<u>11.053,00</u>	<u>11.053,00</u>	<u>11.053,00</u>	<u>11.053,00</u>

Im Wirtschaftsjahr 2015 bestand der Aufsichtsrat aus folgenden Mitgliedern:

Vom 01.01.2015 – 31.12.2015:

<u>Funktion</u>	<u>Nachname</u>	<u>Vorname</u>	<u>Ort</u>	<u>Beruf</u>
Vorsitzender	Northing	Sonja	47533 Kleve	Bürgermeisterin (ab 03.12.2015)
	Brauer	Theodor	47533 Kleve	Bürgermeister a.D. (bis 03.12.2015)
	Gebing	Wolfgang	47533 Kleve	Rechtsanwalt
	Hütz	Klaus-Werner	47533 Kleve	Stadtverordneter
	Driever	Gerd	47433 Kleve	Regierungsdirektor, Dipl.-Kfm.
	Berg	Josef	47533 Kleve	Dipl. Pädagoge
	Kumbrink	Michael	47533 Kleve	Niederlassungsleiter
	Heimsoth	Gabi	47533 Kleve	Immobilienberaterin

## **VI. Angaben gem. § 42 III GmbHG**

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegenüber Gesellschaftern in Höhe von € 5.000 enthalten.

Unter den Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen sind Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von € 3.560,63 (Vorjahr: € 7.928) enthalten.

## **VII. Ergebnisverwendung**

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag 2015 mit dem Gewinnvortrag zu verrechnen.

Kleve, 17.02.2016

-----  
Wirtschaftsförderungsgesellschaft  
der Stadt Kleve mbH  
Dr. Joachim Rasch  
Geschäftsführer

Anlage IV

**Lagebericht**

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Kleve mbH wurde am 29.08.2006 als 100%-Tochtergesellschaft der Stadt Kleve mit einem Stammkapital von EUR 25.000,- gegründet.

Die Eintragung in das Handelsregister beim Registergericht des Amtsgerichts der Stadt Kleve erfolgte am 08.11.2006 unter HRB 8369.

Der Lagebericht der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Kleve mbH für das Geschäftsjahr 2015 bezieht sich auf den Zeitraum vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 (Geschäftsjahr). Er wurde grundsätzlich nach den Vorgaben des § 289 HGB erstellt.

**A. Wirtschaftsbericht**

**I. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses 2015**

**1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft**

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Kleve mbH (im Folgenden WfG genannt) nimmt den Auftrag der kommunalen Daseinsvorsorge wahr, als Dienstleister mit verschiedenen kostenfreien Instrumenten die in der Stadt Kleve ansässigen Unternehmen und Gewerbetreibenden zu fördern und zu unterstützen. Schwerpunkt der Tätigkeit ist die Vermarktung aller städtischen Gewerbe- und Industriegrundstücke. Übergeordnetes Ziel aller Aktivitäten ist die Schaffung und Sicherung von möglichst sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatzverhältnissen in der Stadt Kleve. Eine Konkurrenzsituation zu anderen gleichartigen Unternehmen in der Stadt Kleve ist nicht gegeben. Eine allenfalls verwandte Dienstleistung erbringt die städtische Schwestergesellschaft Kleve Marketing GmbH & Co. KG, die sich mit den Schwerpunkten Stadt- und Citymarketing sowie Tourismusförderung beschäftigt. Die WfG arbeitet mit dieser Gesellschaft sowie anderen Wirtschaftsverbänden, Interessenvertretungen und Organisationen zusammen. Darüber hinaus ist auch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH bedeutsam. Weiterhin gibt es einen engen Erfahrungsaustausch der WfG mit weiteren Wirtschaftsförderungseinrichtungen im Kreis Kleve sowie den niederländischen Wirtschaftsförderungsstellen der die Stadt Kleve betreffenden Grenzregion. Mit der Hochschule Rhein-Waal mit Hauptsitz in Kleve wird zudem eng kooperiert. Darüber hinaus bestehen enge Verflechtungen zur Einrichtung der ebenfalls städtischen Tochter Technologie-Zentrum Kleve GmbH (TZK), in deren Räumlichkeiten die WfG untergebracht ist und wo auch die niederrheinische IHK Duisburg Wesel Kleve zu Duisburg, welche auch das STARTERCENTER NRW vor Ort in Kleve betreibt, ihren Sitz hat.



## **2. Umsatz- und Auftragsentwicklung**

Kernaufgabe der WfG ist die Vermarktung der sich im städtischen Eigentum befindlichen Industrie- und Gewerbeflächen. Sie akquiriert und berät in ihrem Kerngeschäft Interessenten für gewerbliche Grundstücke bis zum Abschluss eines so genannten „Verhandlungsvermerkes“. Dieser dient als Grundlage für den zur Veräußerung notwendigen städtischen Ratsbeschluss sowie den notariellen Kaufvertrag. Nach Abschluss eines Verhandlungsvermerkes begleitet die Stadtverwaltung Kleve die Einholung der entsprechenden Gremienbeschlüsse. Die Gewerbe- und Industrieflächen werden durch die Stadt Kleve bzw. durch Ratsbeschluss nach unverhandelbaren Festpreisen veräußert. Provisionen fallen somit für die WfG durch ihre Vermarktungstätigkeiten nicht an. Die WfG erbringt darüber hinaus vor allem Beratungs-, Koordinations- und Informationsdienstleistungen (z.B. durch ein umfangreiches Veranstaltungsangebot). Letztlich ist die WfG ständig bestrebt, den Wirtschaftsstandort Kleve weiter zu stärken, indem sie dazu beiträgt, die Weiterentwicklung von wirtschaftlich relevanten Standortfaktoren zu begleiten und zu optimieren.

Die WfG erbringt ihre sämtlichen Dienstleistungen unentgeltlich. Sie erzielt damit weder Umsatz noch Gewinn. Die Kosten der Gesellschaft wurden im Berichtsjahr vollumfänglich von der Stadt Kleve durch entsprechende Zuschüsse getragen.

Mitte des Geschäftsjahres 2015 musste die Stadt Kleve auf Grund zusätzlich notwendig gewordenen Haushaltsbelastungen den geplanten Zuschuss für die WfG reduzieren. Der jährlich veranschlagte Zuschuss von EUR 300.000,- musste auf EUR 285.000,- abgesenkt werden. Somit mussten auch während des Geschäftsjahres 2015 einige geplante wirtschaftsfördernde Maßnahmen entfallen, um die Zuschussreduzierung auffangen und abfedern zu können.

Erfolgsmaßstäbe / Kennziffern der WfG sind die Anzahl vermittelter Gewerbegrundstücke, der damit in Verbindung stehende direkte lokale Arbeitsplatzeffekt sowie die Summe der Teilnehmer an angebotenen Informations- und Netzwerkveranstaltungen.

## **3. Dienstleistungen**

Das unentgeltliche Dienstleistungsspektrum der WfG setzt sich aus folgenden Kernsegmenten zusammen:

- Flächenmanagement und –vermarktung der städtischen Gewerbeflächen
- Bestandspflege (Unterstützung von lokal ansässigen Unternehmen)
- Wirtschaftliches Standortmarketing

Im Bereich der Bestandspflege stehen besonders die Unternehmen im Vordergrund, die in Genehmigungsprozessen oder Anträgen bei der öffentlichen Verwaltung um Unterstützung nachfragen (Lotsenfunktion). Darüber hinaus werden Unternehmen vor allem in Grundstücks-, Standort- und/oder Immobilienfragen beraten. Das Dienstleistungsspektrum grenzt sich insofern von darüber hinausgehenden Leistungen (z.B. in den Bereichen der Finanzierungs-, Nachfolge- oder Personalberatung etc.) deutlich ab und steht daher nicht in Konkurrenz zu gewerblichen Unternehmensberatungen. Im Bereich der Existenzgründungsberatung arbeitet die WfG in enger Kooperation mit dem Startercenter NRW Niederrhein (durch die Niederrheinische IHK Duisburg) im Technologie-Zentrum Kleve zusammen. Hier werden nach einer Erstberatung im Startercenter vor allem weiterführende Intensivberatungen angeboten und durchgeführt sowie mögliche Flächenbedürfnisse analysiert und behandelt.

Die WfG versteht sich über ihre Funktion als zentraler Ansprechpartner für gewerbliche städtische Grundstücke hinaus als Informations- und Kommunikationsplattform, die im Rahmen einer lokalen Netzwerkbildung Unternehmer, lokale Initiativen und Projekte zueinander führt. Für die Beratungsdienstleistungen der WfG gilt ein genereller Haftungsausschluss.

Zusammenfassend können somit auch für das Geschäftsjahr 2015 folgende Tätigkeitsschwerpunkte der WfG skizziert werden:

- Unterstützungsangebot bei der Suche nach geeigneten Gewerbegrundstücken und gewerblichen Immobilien
- Unterstützung bei Fragen der Standortwahl, d. h. bei Erweiterung oder Verlagerung eines Betriebes oder bei der Neuansiedlung von Extern
- Beratung und Unterstützung von Unternehmen bei Genehmigungsverfahren
- Beiträge zur Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Standortfaktoren der Stadt Kleve
- Förderung von Kooperationen und Kontaktherstellung zu Behörden, Kammern, Verbänden, Hochschulen und/oder Netzwerken
- Existenzgründungsberatung

#### **4. Beschaffung**

Die Beschaffung und Vorratshaltung vor allem zur Aufrechterhaltung der Büroorganisation und -kommunikation konnte vergleichbar mit anderen Dienstleistern dieser Größenordnung problemlos durchgeführt werden.

## **5. Investitionen**

Folgende Investitionen am Betriebsstandort im Technologie-Zentrum Kleve wurden im Geschäftsjahr 2015 durch die WfG getätigt:

Anlagegüter im Bereich der Betriebsausstattung:	1.977,14 EUR
Geringwertige Wirtschaftsgüter	<u>0,00 EUR</u>
Die Gesamtinvestitionen beliefen sich somit in 2015 auf:	1.977,14 EUR

## **6. Finanzierungsmaßnahmen bzw. –vorhaben**

Im Geschäftsjahr 2015 wurden folgende Finanzierungsmaßnahmen durchgeführt:

Stadt Kleve, Betriebskostenzuschuss	285.000,- EUR
-------------------------------------	---------------

Darüber hinaus erhielt die WfG zur Abwicklung einer Stiftungsprofessur der Hochschule Rhein-Waal letztmalig EUR 5.000,-. Die entsprechende Maßnahme finanzierte die WfG im Auftrage der Stadt Kleve. Sie wurde in enger Abstimmung mit dem Förderverein der Hochschule Rhein-Waal – Campus Cleve e.V. umgesetzt.

## **7. Personal- und Sozialbereich**

### **a) Angaben zur Arbeitnehmerschaft**

Im Geschäftszeitraum beschäftigte die WfG eine Prokuristin / Projektleiterin, eine Projektmanagerin, eine Stelle für geringfügig Beschäftigte (Minijob, 450,- EUR Basis, für die Bereiche Adresspflege / -qualität / Archiv) sowie einen Geschäftsführer.

Die Mitarbeiterinnen arbeiten auftrags- und projektbezogen. Sie pflegen und betreuen einen intensiven und direkten Kundenkontakt und verfügen über die nötigen Fachkenntnisse sowie Erfahrungen.

Spezielle Arbeitszeitregelungen bestehen nicht. Die Mitarbeiterinnen sind außertariflich bei der GmbH angestellt, dies jedoch in Anlehnung an den TVÖD was z.B. den Bereich der Tariferhöhungen oder den Urlaubsanspruch betrifft. Überstunden werden in Freizeitausgleich abgegolten. Auf Grund der geringen Mitarbeiterzahl trifft die Einhaltung von Mitbestimmungsregelungen (Mitarbeitervertretung) nicht zu bzw. sind nicht praktikabel.

### **b) Angaben zur Struktur des Personalaufwandes**

Alle Personalaufwendungen orientieren sich am TVÖD, jedoch ohne direkte Bindung, um eine größere Flexibilität zu gewährleisten. Betriebliche Sozialleistungen werden in Form vermögenswirksamer Leistungen gewährt.

### **c) Angaben zur Aus- und Weiterbildung**

Fortbildung als Instrument zur Qualitätssicherung des Dienstleistungsangebotes wird durch die WfG aktiv betrieben. Jährlich wird ein Budget für Fortbildungen zur Verfügung gestellt. Im Rahmen von Mitarbeitergesprächen wird der Aus- und Weiterbildungsbedarf eines jeden Mitarbeiters / einer jeden Mitarbeiterin individuell gesondert festgelegt und nach Möglichkeit gedeckt.

### **d) Angaben zu Gesundheits- und Unfallschutz**

Die Büroausstattung ist nach betriebsärztlichen Richtlinien eingerichtet. Die MitarbeiterInnen werden über Gesunderhaltung und Unfallschutz am Arbeitsplatz unterrichtet. Betriebsbegehungen mit dem Arbeitsschutz, arbeitsmedizinische Untersuchungen und Brandschutzunterweisungen werden regelmäßig durchgeführt.

## **8. Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres**

Im Geschäftsjahr 2015 gab es außer der Reduzierung des Betriebskostenzuschusses keine besonderen Vorkommnisse, Geschäfte oder andere Angelegenheiten (außer den üblichen finanztechnischen bzw. sich durch gesetzliche Verpflichtungen ergebende Auflagen), die durch den Aufsichtsrat der WfG zusätzlich zustimmungspflichtig waren. Gesellschaftsrechtlich bedeutsam war das Ausscheiden von Herrn Theodor Brauer aus dem Amt des Bürgermeisters und das damit zeitgleich verbundene automatische Ausscheiden aus dem Amt des Vorsitzenden des WfG-Aufsichtsrats. Als neue Vorsitzende des Aufsichtsrats wurde die neue Bürgermeisterin, Frau Sonja Northing, gewählt. Erfreulich war, dass die WfG im Geschäftsjahr 2015 ca. 25.000qm Gewerbeflächen veräußern konnte.

## **9. Geschäftsergebnis**

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem (vorläufigen) Jahresergebnis von -3.752,75 EUR ab.

Diese Unterdeckung ist vor allem auf die unvorhergesehene Reduzierung des Betriebskostenzuschusses in Höhe von EUR 15.000,- zurück zu führen. Die Ersparnisbemühungen im Geschäftsjahr 2015 konnten jedoch erfolgreich das Delta der Zuschussreduzierung auffangen.

## **II. Lage des Unternehmens**

### **1. Vermögenslage**

Für das Geschäftsjahr 2015 wurde das Vermögen für die WfG vollumfänglich aus Finanzmitteln (Betriebskostenzuschüsse) der Stadt Kleve geleistet.

Das Vermögen der WfG zum Bilanzstichtag 31.12.2015 bestand im Wesentlichen aus Bankguthaben in Höhe von EUR 71.014,04 (darin enthalten sind 25.000,- EUR der Stammeinlage der Gesellschaft).

### **2. Finanzlage**

Da die WfG weder umsatz- noch gewinnorientiert agiert, konnten die notwendigen Betriebsausgaben über Verlustzuweisungen oder Betriebskostenzuschüsse aus den Finanzmitteln des Gesellschafters Stadt Kleve oder aus der Entnahme der Barrücklage geleistet werden. Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen im Berichtsjahr jederzeit nachkommen. Verbindlichkeiten (außerhalb von bestehenden Leasing-/Miet- und Arbeitsverhältnissen) bestehen nicht.

### **3. Ertragslage**

Die WfG erbringt ihre Dienstleistungen auf Grund der kommunalen Daseinsvorsorge grundsätzlich unentgeltlich. Insofern wurden keine Erträge/Gewinne erwirtschaftet. Auch zukünftig sind weder Gewinne noch Erträge zu erwarten.

### **4. Wirtschaftsplan**

Die WfG stellt im Kalenderjahr für das Folgejahr einen Wirtschaftsplan auf. Dieser berücksichtigt nicht nur die laufenden Betriebskosten sondern auch weitere Ziele, Maßnahmen, Entwicklungen und Projekte für das Folgejahr. Auf Basis des Wirtschaftsplans für 2015 wurde erneut eine 5-Jahresplanung für die Folgejahre erarbeitet.

## **B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens**

### **I. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

#### **1. Zuschüsse**

Die WfG ist auf Grund ihrer unentgeltlichen Tätigkeit auf Betriebskostenzuschüsse der Stadt Kleve zwingend angewiesen.

#### **2. Kurzfristiges Liquiditätsmanagement**

Die WfG hat für die Aufrechterhaltung ihres Betriebs eine ausreichende Eigenkapitalausstattung. Ihr wurde ein Stammkapital von 25.000,- EUR übertragen. Das Sachanlagevermögen ist fristenkongruent finanziert. Ein Liquiditätsmanagement ist aufgrund der Sichtprüfung von Kontoauszügen und der monatlichen Erstellung einer internen Liquiditätsabflussübersicht gegeben.

### **II. Risikobericht**

#### **1. Allgemeiner Risikobericht**

Nach dem Gesellschaftsvertrag der WfG ist die Gesellschaft verpflichtet, einen Jahresabschluss aufstellen und fachgerecht prüfen zu lassen. Auf Grund der ausschließlichen kommunalen Gesellschafteranteils ist die Gesellschaft zur Prüfung der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG verpflichtet. Dabei wird auch das Risikomanagement der Gesellschaft überprüft. Wichtigstes Kontrollinstrument der Geschäftsführung ist die Sichtprüfung von Rechnungen und Kontoauszügen sowie die monatliche Erstellung eines internen Soll-Ist-Vergleichs.

#### **2. Spezieller Risikobericht**

Alleiniges Risiko für die Wirtschaftlichkeit bzw. den zukünftigen Fortbestand der WfG besteht im Wegfall des Betriebskostenzuschusses an die Gesellschaft durch den Rat der Stadt Kleve. Da die WfG durch die kommunale Daseinsvorsorge umsetzende Verpflichtung weder Umsätze noch Gewinne erwirtschaftet, ist sie auf diese Zuschüsse zwingend angewiesen.

### III. Prognosebericht

#### Voraussichtliche Entwicklung

Für die WfG war das Jahr 2015 das neunte volle Geschäftsjahr. Dafür wurde ein Wirtschaftsplan erstellt, der sowohl vom Aufsichtsrat der Gesellschaft als auch von der Gesellschafterversammlung genehmigt wurde.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden die benannten zentralen Tätigkeitsschwerpunkte der WfG durch die Geschäftsführung kontinuierlich bewertet und weiter ausgebaut. Vor allem die weiterhin konstant hohe Nachfrage nach Gewerbeflächen in Kleve bedingt einen hohen Ressourcen-Einsatz der WfG und wird voraussichtlich auch in 2016 den Schwerpunkt der Tätigkeit des Teams bilden. Dies wiederum hat zur Folge, dass die WfG gemeinsam mit der Stadtverwaltung bestrebt ist, perspektivisch neue Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen. Die Akquise und das Umsetzen eines öffentlich geförderten Projektes für den Übergangsbereich Schule-Ausbildung/Studium wurden vorangetrieben und kommen voraussichtlich in 2016 zum Tragen.

#### C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Ende des Geschäftsjahres 2015 haben sich nicht ereignet.

#### D. Forschungs- und Entwicklungsbericht

Gemeinsam mit der Hochschule Rhein Waal wurde im Jahr 2013 eine empirische gewerbliche Standortfaktoren-Analyse durchgeführt. Die Analyse hat die vorherrschenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei den vor Ort ansässigen Unternehmen abgefragt und deren Einschätzung ausgewertet. Entsprechende Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Situation liegen vor und werden kontinuierlich umgesetzt.

#### E. Zweigniederlassungsbericht

Die WfG unterhält keine Zweigniederlassungen / Dependancen.

Kleve, 08.03.2015

Dr. Joachim Rasch

Anlage V

**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Kleve mbH für das Geschäftsjahr vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut für Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.



Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Goch, 17. März 2016

Klemm  
Wirtschaftsprüfer

**RTU Euregio**  
**Revisions-, Treuhand- und**  
**Unternehmensberatungs-GmbH**  
**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

Anlage VI

**Feststellungen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG (IDW PS 720)**

**I. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation**

**Fragenkreis 1:** Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

*a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?*

Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist in einem Geschäftsverteilungsplan erläutert. Dieser Geschäftsverteilungsplan liegt dem Geschäftsführer schriftlich vor.

*b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?*

Im Geschäftsjahr 2015 haben zwei Gesellschafterversammlungen und drei Aufsichtsratsitzungen stattgefunden. Sämtliche Sitzungen wurden schriftlich dokumentiert. Die Niederschriften wurden von uns im Rahmen der Jahresabschlussprüfung eingesehen.

- c) *In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?*

Der Geschäftsführer ist Mitglied des Beirats der Klever Marketing GmbH & Co. KG Beiratsmitglied beim Förderverein der Hochschule Rhein-Waal - Campus Kleve e. V. sowie Geschäftsführer der Technologie-Zentrum Kleve GmbH.

- d) *Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?*

Der Geschäftsführer erhält ausschließlich fixe Gehaltskomponenten. Aufgrund von Art und Umfang der Geschäftstätigkeit sind variable Gehaltskomponenten nicht erforderlich.

## **Fragenkreis 2:** Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) *Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?*

Ein Organisationsplan ist dem Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung beigelegt. Der Geschäftsverteilungsplan wird in jährlichem Turnus auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüft.

- b) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?*

Entsprechende Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- c) *Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?*

Die Vorkehrungen zur Korruptionsprävention werden im Rahmen des eingerichteten internen Kontrollsystems vollumfänglich abgebildet und dokumentiert.

- d) *Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und –gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?*

Die Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen sind aufgrund der Größe des Unternehmens vollumfänglich im Geschäftsverteilungsplan protokolliert.

- e) *Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?*

Die langfristigen Verträge werden in einer Dauerakte archiviert.

### **Fragenkreis 3:** Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) *Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?*

Das Planungswesen beschränkt sich im Wesentlichen auf die im jährlichen Turnus aufgestellten Wirtschaftspläne. Aufgrund der Größe und der Struktur des Unternehmens ist eine solche Plankostenrechnung in vollem Umfang ausreichend.

Die Investitionstätigkeit wird unterjährig durch das Controlling im Rahmen einer Budgetkontrolle überwacht. Das operative Controlling analysiert u. a. anhand von geschlossenen Kennzahlensystemen quartalsweise die Erfolgsrechnung. Die Betriebsleitung hat im Rahmen einer Verknüpfung mit dem internen Kontrollsystem konkrete Berichtspflichten für das Controlling vorgegeben.

**b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Planabweichungen werden unterjährig betriebsintern und im Rahmen der Jahresabschlussprüfung jährlich untersucht.

**c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Das Rechnungswesen entspricht der Größe und des Umfangs nach den Anforderungen im Unternehmen.

**d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Das Finanzmanagement wird als unselbständiger Teil der Geschäftsverteilung geführt. Es befindet sich in Funktion und wird durch den Aufsichtsrat kontinuierlich überwacht.

**e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind.**

Ein zentrales Cash-Management ist nicht eingerichtet, da entsprechende Liquiditätsbestände im Unternehmen nicht vorhanden sind.

**f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Die Gesellschaft erbringt ihre Dienstleistungen unentgeltlich.

- g) *Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?*

Die Anforderungen an das Controlling sind ausreichend dokumentiert. Das Controlling entspricht den Bedürfnissen des Unternehmens.

- h) *Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?*

Tochterunternehmen und wesentliche Beteiligungen bestehen nicht.

#### **Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem**

- a) *Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?*
- b) *Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?*
- c) *Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?*
- d) *Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?*

Das Thema "Risikofrüherkennungssystem" ist vom Grundsatz her auch für die Gesellschaft von Bedeutung.

Das Unternehmen erbringt die wesentlichen Leistungen ausschließlich und erfolgsunabhängig an die Stadt Kleve als Gesellschafterin. Daher sind bestandsgefährdende Risiken grundsätzlich ausgeschlossen. Gleichwohl hat die Leistungserbringung durch das Unternehmen zu erfolgen. Der Risikofrüherkennung dienen insbesondere die Wirtschaftspläne und das operative Controlling. Ein Wegbrechen der Zuschusssituation ist nicht erkennbar.

Im Rahmen der internen Abstimmung und der Erstellung und Aktualisierung der Wirtschaftspläne erfolgt eine Anpassung der Frühwarnsignale. Eine unterjährige Reaktion ist aufgrund der Bindung an die Wirtschaftspläne nur in Grenzen möglich.

**Fragenkreis 5:** Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) *Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:*

- *Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?*
- *Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?*
- *Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?*
- *Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?*

Der Wirtschaftsplan sieht nicht vor, dass Finanzierungskredite aufgenommen werden dürfen.

Derivative Finanzinstrumente dürfen hingegen nicht eingesetzt werden. Das Unternehmen finanziert sich über die Zuschüsse der Stadt Kleve.

*b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?*

Nein. Derivate werden nicht eingesetzt.

*c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt, insbesondere in Bezug auf*

- *Erfassung der Geschäfte*
- *Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse*
- *Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung*
- *Kontrolle der Geschäfte*

Das der Geschäftsleitung zur Verfügung stehende Instrumentarium entspricht dem Umfang nach den Erfordernissen des Unternehmens.

*d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienenden Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?*

Entsprechende Geschäfte wurden nicht getätigt.

*e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?*

Die Tätigkeiten der Geschäftsleitung regelt der Gesellschaftsvertrag.

*f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?*

Nicht erforderlich. Es handelt sich um einen Zuschussbetrieb.



### **Fragenkreis 6: Interne Revision**

- a) *Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?*
- b) *Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?*
- c) *Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentliche miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?*
- d) *Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?*
- e) *Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?*
- f) *Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?*

Eine interne Revision ist als eigenständige Stelle im Unternehmen nicht eingerichtet. Die Stadt Kleve unterhält jedoch eine Stelle, die revisorische Aufgaben auch für die Gesellschaft wahrnimmt. Interessenskonflikte mit der Betriebsleitung bestehen daher nicht.

**Fragenkreis 7:** Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden sind?*

Entsprechende Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

b) *Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?*

Entsprechende Kreditgewährungen bestehen nicht.

c) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?*

Entsprechende Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

d) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?*

Entsprechende Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

## **Fragenkreis 8:** Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?*

Investitionsmaßnahmen werden betriebswirtschaftlich vorab analysiert und geplant. In der Realisationsphase findet eine kontinuierliche Soll-Ist-Kontrolle durch das Controlling statt. Abweichungen werden durch den Geschäftsführer und den Aufsichtsrat analysiert.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?*

Entsprechende Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?*

Investitionsmaßnahmen werden zeitlich und sachlich geplant und budgetiert. Unterjährig erfolgt eine Budgetkontrolle, so dass die Geschäftsleitung jederzeit über den Stand der Maßnahmen informiert ist. Abweichungen werden laufend analysiert.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?*

Für abgeschlossene Investitionen der Vergangenheit wurden wesentliche Überschreitungen nicht festgestellt.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?*

Entsprechende Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

**Fragenkreis 9:** Vergaberegelungen

- a) *Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?*

Entsprechende Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- b) *Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?*

Konkurrenzangebote für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, werden in eingeschränktem Umfang eingeholt.

**Fragenkreis 10:** Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) *Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?*

Dem Überwachungsorgan wird turnusmäßig berichtet. Die Sitzungen werden stets protokolliert.

- b) *Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?*

Die Berichte sind sachgerecht und vermitteln einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens.

- c) *Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?*

Die Unterrichtung erfolgt zeitnah, angemessen und sachgerecht. Risikoreiche bzw. nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle wurden von uns im Rahmen der Jahresabschlussprüfung nicht festgestellt.

- d) *Zu welchen Themen hat die Geschäfts- / Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?*

Diese besonderen Berichtswünsche wurden im Geschäftsjahr 2015 nicht formuliert.

- e) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?*

Entsprechende Anhaltspunkte sind nicht erkennbar.

- f) *Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?*

Eine D&O-Versicherung wurde von der Stadt Kleve für sämtliche Eigengesellschaften und Eigenbetriebe abgeschlossen.

- g) *Sofern Interessenskonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?*

Entsprechende Meldungen waren nicht zu verzeichnen.

## Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

*a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögens?*

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen wurde von uns im Rahmen der Jahresabschlussprüfung nicht festgestellt.

*b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?*

Entsprechende Auffälligkeiten sind nicht erkennbar.

*c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?*

Entsprechende Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

## Fragenkreis 12: Finanzierung

*a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?*

Die Eigenkapitalquote beträgt 34,07. Kreditverbindlichkeiten wurden nicht aufgenommen. Investitionsverpflichtungen bestehen zum Abschlussstichtag nicht.

*b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?*

Kein Konzern.

- c) *In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?*

Finanz- und Fördermittel wurden nur in Form des Betriebskostenzuschusses der Stadt Kleve vereinnahmt. Die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen wurden eingehalten.

### **Fragenkreis 13:** Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) *Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?*

Finanzierungsprobleme sind im Unternehmen nicht gegeben.

- b) *Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?*

Der Vorschlag der Geschäftsleitung, den Fehlbetrag des Geschäftsjahres 2015 auf neue Rechnung vorzutragen, ist mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar, denn eine Unterkapitalisierung liegt nicht vor. Daher sind Nachschüsse der Gesellschafter nicht erforderlich.

### **Fragenkreis 14:** Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) *Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?*

Eine Segmentberichtserstattung entfällt, da die Gesellschaft nur ein Segment hat.

***b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?***

Im Einvernehmen mit den Organen der Gesellschaft hat die Stadt Kleve ihren Zuschuss gekürzt, um der Haushaltslage Rechnung zu tragen.

***c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?***

Unangemessenheiten im Leistungsverkehr mit den Gesellschaftern wurden von uns im Rahmen der Jahresabschlussprüfung nicht festgestellt.

***d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?***

Konzessionsabgaben wurden nicht erwirtschaftet.

**Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen**

***a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?***

***b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?***

Verlustbringende Geschäfte wurden nicht getätigt. Der ausgewiesene Fehlbetrag resultiert i. W. aus der Kürzung des Zuschusses durch die Stadt Kleve ggü. dem ursprünglichen Wirtschaftsplan.



**Fragenkreis 16:** Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

*a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?*

Der Jahresfehlbetrag resultiert i. W. aus der Kürzung des Zuschusses der Stadt Kleve.

*b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?*

Für das Jahr 2016 rechnet die Geschäftsführung mit einem ausgeglichenem Ergebnis.

Anlage VII

**Rechtliche Verhältnisse**

Firma:	Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Kleve mbH	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Sitz:	Kleve	
Anschrift:	Boschstr. 16 / TZK	
Eintragung in das Handelsregister:	Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Kleve unter HRB 8369 eingetragen.	
Gesellschaftsvertrag:	Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 €.	
	Es entfällt auf:	
	die Stadt Kleve	25.000,00 €
Geschäftsjahr:	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.	

Dauer der Gesellschaft: Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Geschäftsführung und Vertretung: Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Einzelnen Geschäftsführern kann durch Gesellschafterbeschluss Einzelvertretungs- und Einzelgeschäftsführungsbefugnis erteilt werden

Größenklassen: Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft i. S. des § 267 Abs. 3 HGB. Sie wendet jedoch satzungsgemäß die Regeln für große Kapitalgesellschaften an.

Wesentliche Veränderungen der rechtlichen Verhältnisse nach dem Abschlussstichtag liegen nicht vor.

Anlage VIII

**Wirtschaftliche Verhältnisse**

Gegenstand

des Unternehmens: Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Kleve durch die Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung und Beschaffung neuer Arbeitsplätze. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach dem Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Gemeindeordnung NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt:

- a) für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben, Instituten oder ähnlichen Einrichtungen zu werben und die Einrichtungen, die sich im Gebiet der Gesellschaft ansiedeln wollen oder angesiedelt haben, bei der Beschaffung von Grundstücken, Arbeitskräften, Wohnungen, Krediten etc. zu unterstützen,
- b) sich an anderen Gesellschaften, die den gleichen Zweck verfolgen, zu beteiligen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im In- und Ausland alle Geschäfte und Maßnahmen selbst vorzunehmen oder durch Dritte durchführen zu lassen, die zur Verfolgung des Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar erforderlich oder nützlich sind.

Anlage IX

**Steuerliche Verhältnisse**

zuständiges  
Finanzamt:

Finanzamt Kleve

Steuernummer:

116/5718/1211

Steuererklärungen/  
Steuerbescheide

Die Steuervoranmeldungen wurden im Berichtsjahr fristgemäß  
abgegeben.

**Allgemeine Auftragsbedingungen**